

ANTRAG

der Fraktionen der SPD und DIE LINKE

Umsetzung des interfraktionellen Landtagsbeschlusses zur „Stiftung Klima- und Umweltschutz MV“ weiter rechtssicher und tragfähig gestalten

Der Landtag möge beschließen:

I. Der Landtag stellt fest:

1. Der Landtag hat ohne Gegenstimmen am 7. Januar 2021 der Gründung der „Stiftung Klima- und Umweltschutz MV“ zugestimmt (Drucksache 7/5696).
2. Unmittelbar nach dem völkerrechtswidrigen Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine hat der Landtag auf Initiative der Fraktionen der CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, SPD und DIE LINKE den Antrag „Klare Haltung einnehmen zum militärischen Vorgehen Russlands gegen die Ukraine und dessen Konsequenzen für die Landespolitik“ auf Drucksache 8/437 beschlossen. Durch das Gutachten des Beauftragten der Landtagspräsidentin, Herrn Rechtsanwalt Dr. Urban, herrscht Klarheit, dass der Landtag durch den Beschluss des Antrages auf Drucksache 8/437 in zulässiger Weise seinen politischen Willen zum Umgang mit der Stiftung bekundet hat. Die in dem Landtagsbeschluss enthaltenen Schlussfolgerungen zum Umgang mit Russland sind – so weit wie rechtlich möglich – durch die Landesregierung umgesetzt worden.
3. Durch die Streichung sämtlicher Bezüge zu Nord Stream 2 aus der Stiftungssatzung und die Abwicklung des wirtschaftlichen Geschäftsbetriebes ist insbesondere bereits eine Teilauflösung der „Stiftung Klima- und Umweltschutz MV“ erfolgt.
4. Seitens des Beauftragten der Landtagspräsidentin, Herrn Rechtsanwalt Dr. Urban, liegt nun eine gutachterliche Stellungnahme vor, dass ein rechtssicherer Weg zu einer durch den Vorstand oder die Stiftungsaufsicht herbeigeführten vollständigen Beendigung der Stiftung nicht besteht.

5. Der Landtag erkennt an, dass die Beauftragung von Herrn Rechtsanwalt Dr. Urban durch die Landtagspräsidentin der Findung einer Lösung dient, die rechtlich dauerhaft tragfähig ist und möglichst von allen Beteiligten unterstützt wird. Er dankt diesbezüglich dem Beauftragten für seine bisherige Arbeit.
- II. Der Landtag bittet die Präsidentin des Landtages, unter Hinzuziehung des Beauftragten im Interesse eines konstruktiven weiteren Umganges mit dem interfraktionellen Antrag auf Drucksache 8/437 der Fraktionen der CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, SPD und DIE LINKE den im Gutachten des Beauftragten skizzierten Lösungsweg mit den Verfahrensbeteiligten im Landtag, in der Landesregierung und in der Stiftung weiter zu organisieren und zu moderieren.

Julian Barlen und Fraktion

Jeannine Rösler und Fraktion